



200 Milliarden

Geograbel

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zwitscher“, Sonntags Beilage: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischen Fundament. Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Rechts und eben, Turnen - Sport, Reise und Wanderschaft.

Wöchentlich 1.50 Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 6.00 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: am-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen am-Zeile 15 Pfennig. Keine Verhinderung für Aufnahmen zu bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (am A. Handelt) Carl Hirsch, Berlin Ullstein. Manuskripte werden nur zurückgezahlt, wenn Foto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt D 996 300 - 998, für den Fernverkehr: Amt D 996 300. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 600.

Am Wendepunkt?

Von
Friedrich Bauer,
Bielefelder a. N.

Stief das deutsche Volk in seinen Weihnachtsjahren wirklich an einem Wendepunkt seines Geschicks? Manche, unheilbare Optimisten, glauben es, wir andern hoffen es wenigstens.

Gelbst hat sich wieder schwerer, der erwidert, wie sich unsere Bedürfnisse seit dem Jahre vergrößert haben: Weihnachts 1922 war das Hauptgebiet noch in unserer Hand, dessen Abnahme noch nicht zu Schanden gelassen, es gab keine separatistischen Sorgen in der Pfalz, keine nennenswerte Verfallsrate im Reich, keine finanzielle Schwächung, die kaum mehr gefahrte, die Beamten im Reich, Ländern und Gemeinden zu beschleunigen.

Zunehmen haben sich wenigstens nach zwei Richtungen hin in den letzten Wochen und Tagen die Wollen etwas gelichtet. Namentlich gefühlsmäßig betrachtet ist es eine glückliche Gelegenheit unserer Lage, daß dem atemberaubenden Abschluß weniger einmal ein Halt gegeben worden ist. Freilich tut man gut, dabei die Augen gegen den Tiefstand zu verlagern, bei welchem dieser Fall eingetreten ist. Trotz aller Unzufriedenheit zukünftig auch auf diesen Gebiet ist doch unentbehrlich in unseren Vorkäufen eine gewisse Beruhigung eingetreten, ein erheblicher Teil unseres Volkes bekommt nämlich jetzt wieder einen, wenn auch nicht recht unzureichenden Heberlei über sein Geld und Haben; das neuereprende Sorgen sind gelichteter. Einmal, wie es nicht minder wichtige Seite, um alles, was man einhalten, sofort wieder loszulegen, es es wertlos geworden war, hat ebenfalls verhältnismäßig weit gewonnen, so, man kann sich mit seinem Nächsten noch wieder eine Wirtschaftsweise unterhalten, ohne von Volatilität und Lebensmittelpreisen etwas hören zu müssen. Es ist möglich, sogar nicht einmal unangenehm, daß dieses Wohl ändert.

Das ist immerhin etwas, und wenn wir bei der Gelegenheit staunend erkennen, wie am wir tatsächlich geworden sind, kann uns das nur nützen. Aber auch auf dem Gebiet der Außenpolitik haben wir einen Fortschritt zu verzeichnen, denn wir - so behaupten wir wir geworden - sind als einen Erfolg begreifend dürfen: Frankreich will, wenn es schon nicht anders geht, mit uns verhandeln. Wann kommt sich eigentlich, hier eine solche Selbstverwirklichung zu haben; während Jahre eines einseitigen Friedensschlusses gegen Deutschland lassen uns begreifen, wenn mit jetzt wenigstens die der Voraussetzungen einer Besserung erreicht haben. Ob dieser Weg uns weiterführen wird, liegt aber weniger bei uns als bei unseren Gegnern, ich möchte vermuten, in erster Linie nicht einmal bei den Franzosen, und - soweit die Entscheidung in unserer Hand liegt - kann es dem deutschen Volk niemand verargen, wenn es nach den Erfahrungen der letzten Jahre der Entwiklung nicht ohne Sorgen entgegensteht. Es ist hier nicht der Ort, nachträglich eine, praktisch doch bedeutungsvolle Kritik an der Tätigkeit der Reichsregierung auszusprechen, aber die Frage liegt doch auf alter Papp, ob es bei etwas temperamoller Politik, bei stärkerem Appell an die Menschheit und zunächst die Angehörigen und Stützener nicht doch hätte verbunden werden können, daß wir mit gebundenen Händen kämpfen müssen, wie ein Saupferknecht in unserm Lande, wie ein französischer Bismarck sich erdreiste, in der Pfalz Regierung zu spielen und gegen den unbetrefflichen Bürger der Bevölkerung die Resolution deutscher Länder vom Reich zu dekretieren. Oder wie soll es die öffentliche Meinung verstehen, daß in dem Augenblick, da wir uns befinden an Pfalz und Ruhr nicht genug für ihre Freie Hand können die Regierung sich von dem, an sich nur zu berechtigten Erwerb, neuerer Finanzen und unsere Währung zu (anderen, so einseitig hypothetischen, daß sie die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht, daß sie für das deutsche Gebiet, unsere für die dies weitergehen, wenn es nicht mehr nicht gut gemacht gewesen, was Heidschnitzungen und Heidschnitz in Monaten verpaßt und verpaßt hatten, der Schaden aber nicht unübersehbar sein, gab es doch kann eine weitere Festhaltung des Gedankens der Heidschnitz, als in der Bevölkerung der betroffenen Gebiete den Eindruck zu erwecken, als ob es irgendwelchen Interessen zuliebe preisgegeben werden sollten.

Nicht ernst genug kann man, um auf das Innere überzugehen, die Vorgänge in Sachsen, Thüringen und Bayern anzusehen, die alle unsere Ohren in sich haben. Nur ist die unmittelbare Gefahr hier geringer, weil der Streit unter uns selbst ausgefochten werden kann. So glaube nicht, daß unsere deutsche Einheit durch die derzeitigen kommunalistischen, föderalistisch doch auf die Unterwerfung unter den vorkünftigen Gegenständen internationalen Beziehungen erzwungen bedroht ist, so viel es uns auch noch schaffen mögen: diese Bewegung wird an ihnen, für die deutsche Aufregung unerschütterlichen Zielen wie an ihrer brutalen, un-

Die Pariser Weihnachts-Verhandlungen.

Zulassung der Rentenmark.

Der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris, Vorkaufsrat A. Koch, ist gestern nachmittags vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré empfangen worden. Über das Ergebnis dieser Unterhaltung lag bei der Reichsregierung in den Abendstunden noch keine eingehende Mitteilung vor. Die wichtigsten Punkte des Bericht abwarten müssen, ehe man beurteilen kann, inwieweit die von der deutschen Regierung gemäßigten direkten Verhandlungen zwischen Paris, Brüssel und Berlin über die Reparationsfrage und die damit zusammenhängende Abrechnung und Aufrechnung durch die gefällige Vorkaufsrat gefördert worden sind. Man wird nicht erwarten können, daß die Verhandlungen schon in den nächsten Tagen zu greifbaren und befriedigenden Ergebnissen führen. Die französische Regierung hat sich immer an der Auffassung von dem „Produktionen Willen“ der deutschen Regierung fest bei in den letzten Tagen. Die Verhandlung verläuft, und an den Formeln von dem „produktiven Willen“.

Das erleichtert die deutsch-französischen Verhandlungen nicht gerade. Immerhin wächst in Paris die Einsicht, daß ohne Mitwirkung der deutschen Regierung im Ruhr- und Rheingebiet die wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht gedeckt werden können. So föderlich die Wilm-Verträge an und für sich sind, so kann man sich doch der Einsicht nicht verschließen, daß die Zentrale allein sich nicht alles tun kann und daß man auf zusätzliche Mittel angewiesen ist. Das wichtigste Bedürfnis heißt heute die Zulassung, auch in der Schweiz, auch die französische Regierung jetzt in den besetzten Gebieten die Rentenmark auszuweisen. Einen Fortschritt in der Lösung des Reparationsproblems wird man erwarten dürfen von den Verhandlungen der Sachverständigenkommissionen der Reparationskommission, die im Januar zusammenzutreten sollen.

Die deutsche Regierung hat bereits erklärt, daß für diese Kommissionen alle ihre Vorkauf offen seien, und daß die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit in jeder Weise erleichtert werde. Die Verhandlungen dieser Sachverständigenkommissionen müßten zu der Überzeugung auch in Frankreich und Belgien führen, daß das Reparationsproblem nur gelöst werden kann auf der Basis einer großen internationalen Anleihe, für die Pfänder gestellt werden können aus dem ganzen Deutschland. Fand in Form mit einer solchen Reparationsanleihe für Deutschland könnte auch eine besondere Anleihe für Frankreich gegen zur Befriedigung der dringenden französischen Bedürfnisse. Ein Vorkaufsrat soll es Deutschland ermöglichen, Schritte zu lan-

den, die die Erfüllung seiner Verpflichtungen, denen es sich im Rahmen seiner Zahlungsfähigkeit nicht entziehen will.

Die große deutsche Zahlungsfähigkeit sein wird, das wird wesentlich davon abhängen, welche Möglichkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Erholung man beschließen und gewagt. Die Welt wird vielfach erkennen sein, in der Welt, die sich für den Weltfrieden ist, wenn man sich durch die Weltfrieden und durch eine Stille keine wirtschaftlichen und finanziellen Wiederkaufen möglich macht.

Vor dem Zusammenbruch der Sachverständigenkommissionen für den Fall der Wilm-Verträge wichtige Entscheidungen nicht zu erwarten. Das kann man daraus schließen, daß der Reichsfinanzminister Dr. Stresemann während der Weihnachtsferien einen etwa zwei- bis dreiwöchigen Erholungsurlaub antizipiert, den er außerhalb Berlins zu verbringen gedenkt.

Die Besonderefrage für die Wiederherstellung des Goldfußpotentials in Paris scheint bereits gelöst. Die französische Regierung hat dem von der deutschen Regierung in Aussicht genommenen Namen zugestimmt. Dagegen ist über die Frage der Befreiung des deutschen Goldfußpotentials in Brüssel noch keine Entscheidung erfolgt. Beide Entscheidungen sollen möglichst erfolgen, und zwar voraussichtlich erst nach der Rückkehr des Außenministers.

Dr. Margerie bei Stresemann.

Amlich wird gemeldet: „Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hat am 21. d. M. den französischen Vorkaufsrat, Herrn de Margerie, in Brüssel empfangen, der bereits Anfang der Woche in Paris zur Eröffnung der Verhandlungen abgefahren war. Dr. Stresemann hat diese Besuche dem Goldfuß gegenüber wiederholt und als weiteres Material dem französischen Vorkaufsrat eine umfangreiche Aufzeichnung übergeben, worin der Vorkaufsrat erklärt wird, daß in der Pfalz ein mögliches Zusammenarbeiten der separatistischen Bänden und der Befreiungsbehörden vorliegt, was sich insbesondere aus der Erklärung ergibt, die der französische Delegierte am 21. Dezember gegenüber der Zusammenkunft von Sachverständigen abgegeben wurde und die auf die Unterwerfung der Grenzgebiete der Staatsgewalt hinausläuft. Schließlich hat Dr. Stresemann nachdrücklich die unverzügliche Wiederherstellung vertragsmäßiger Güter in der Pfalz gefordert.“

(Siehe auch vierte Seite.)

fähigen und unentzerrlichen Zeit festhalten. Das nehme auch die sie sich gewiß ersten Gedanken in Bayern nicht so schwer, wie das namentlich in Vorberücksichtigung der Zeit zu sein scheint. Die Süddeutschen kennen unsere berechtigten Nachdruck gut genug, um zu wissen, daß sie, wenn sie sich jetzt auch aufregen, laute Worte gebrauchen und Leibes andrehen, im Grunde ihres Herzens nicht weniger als bösartig und dazu hoch und allem eine unerschütterliche gute Deutsche sind, obwohl sie auf sehr zuverlässige Art im deutschen Vaterland eine stärkere Bedeutung der blau-weißen Farben verlangen. Was sollten sie denn auch, heißt wenn man die Gefühlslage ganz außer acht läßt, sonst sein? Wüßte einem Bayerns ohne Pfalz ein Recht auch ohne das nicht, ohne Eignung eines vollständig von der Welt abgetrennten, wirtschaftlich von anderen abhängigen Staates? Oder gar Angehörige eines aus Bayern und dem unglücklichen Deutschböhmerland zusammengelegten internationalen Reiches? Führt ihnen nicht ein, daß sie ihren früheren Kronen haben die deutsche Staatsangehörigkeit übertragen und noch viel weniger dem preussischen, sie sollen nur nicht, daß andere ohne Gelegenheit ihnen mehr in ihre eigenen Angelegenheiten hineinreden, als unbedingt notwendig ist. Das ist ein Streit über Übergabezeiten, den man lösen sollte ohne Streit auch ohne Zweifel, ohne Eignung des Reiches und ohne politischen Wandelzeit für Rahmen des Reichs lösen kann und auch lösen wird. Ich möchte deshalb der Reichsregierung auch daraus seinen Vorwurf machen, daß sie mit einer, allerdings fast übermäßiglichen Geduld bei den Verhandlungen in Brüssel verweilt, und den Streit nicht brechen zu lassen. Das ist nicht das erstmal und wird auch nicht das letzmal sein, daß im Reich die Gelegenheit föderalistisch und untaulich aufeinander-

treffen. Diese waren im alten Reich ebenso vorhanden, aber Blamare und keine Nachfolger haben sich damit gelassen, daß sie den berechtigten Partikularen stets Entzerrungen angeboten oder wenigstens Entzerrungen vor sich gemacht haben. Das hat den Bayern gefehlt, darum haben wir Preußen will nachgehen. Die Zeit der Zeit und die Sorge um das Reiches Einheit hat nun in der Nationalversammlung zu den Verhandlungen an den Interzessionen gewonnen, die früher unbekannt gewesen waren, und man ist dabei nicht bloß an die äußerste Grenze, sondern, wie es mehr und mehr ausreicht, da und dort auch über diese hinausgegangen. Dabei hätte man es aber dann folgen begehren sollen, man hätte nur nicht die fühlbaren Gefühle auf diesem Gebiet ignorieren sollen. Aber die in Berlin zurückgebliebenen Vertreter der untaulichen Richtung haben geäußert, umgehört, da sie nun einmal im Sattel sitzen, die Zügel erst recht freizulassen und das gewonnene Terrain noch weiter zu fassen. Damit hat man es aber dann folgen begehren sollen, man hätte nur nicht die fühlbaren Gefühle auf diesem Gebiet ignorieren sollen. Aber die in Berlin zurückgebliebenen Vertreter der untaulichen Richtung haben geäußert, umgehört, da sie nun einmal im Sattel sitzen, die Zügel erst recht freizulassen und das gewonnene Terrain noch weiter zu fassen. Damit hat man es aber dann folgen begehren sollen, man hätte nur nicht die fühlbaren Gefühle auf diesem Gebiet ignorieren sollen.

Damit ist das formell und materiell verfassungsmäßige und vaterländisch-gewissenhafte Verhalten zureichend nicht erfüllt. Man fühlt es auch in München ganz gut, das man durch fremde Einflüsse und durch föderalistische Abmachungen gerechtfertigt werden nicht müssen berechtigten Pflichten und Entzerrungen im Reich hat und auch nicht werden lassen, der nicht anordnen ist, man möchte am Reich, aber man will kein Selbstbestimmnis ablehnen. Aber-